

GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE

Zeitschrift für soziale Theorie und Praxis

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

2. JAHRGANG

NOVEMBER 1951

HEFT 11

Willy Brandt (MdB)

WAS GESCHIEHT AM TAGE X?

Probleme der deutschen Wiedervereinigung

Wer die große und eindrucksvolle gesamtdeutsche Begegnung erleben durfte, die sich in Westberlin während der sogenannten Weltjugendfestspiele ergab, wird nie vergessen können, daß am Anfang und im Mittelpunkt aller Diskussionen mit den jungen Menschen aus der Sowjetzone die Frage stand: Was tut der deutsche Westen, damit wir auf dem Wege der Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Boden der Freiheit vorankommen? Was *tut* ihr?, war die Frage, nicht: was sagt ihr? In den Diskussionen, die damals im August in den Berliner Jugendheimen, beim RIAS und an anderen Orten mit Tausenden junger Landsleute geführt wurden, kam aber auch immer wieder die Sprache auf den Tag X und auf das, was ihm folgen sollte: Wie soll sich die Wiedervereinigung konkret vollziehen, wie stellt man sich im Westen die künftige Sozial- und Wirtschaftsordnung vor, was soll aus den „volkseigenen“ Betrieben werden, soll die Bodenreform rückgängig gemacht werden, wird der Entnazisierung eine EntSEDisierung folgen?

Inzwischen haben die Probleme der deutschen Wiedervereinigung durch die Auseinandersetzungen über die Frage gesamtdeutscher Wahlen neue Aktualität erlangt. Die Einschätzung der Motive, die der sogenannten Grotewohl-Aktion zugrunde lagen, soll uns hier nicht beschäftigen. Wir wollen hier auch keine Mutmaßungen über Möglichkeiten einer Veränderung der sowjetischen Deutschlandpolitik anstellen. Wir gehen ganz einfach von den allgemein bekannten Tatsachen aus, d. h. einerseits von den propagandistischen Vorstößen der sowjetzonalen Repräsentanten und andererseits von den Stellungnahmen des Bundestages und der Bundesregierung, dem Notenwechsel mit den Westmächten, der Aufforderung an die Vereinten Nationen. Die weitaus größere Wahrscheinlichkeit mag dafür sprechen, daß aus alledem nicht mehr herauskommt als eine neue Bestätigung dafür, daß die Sowjetunion ihre Besatzungszone in Deutschland nicht freigeben will. Aber auch diese Wahrscheinlichkeit ändert nichts daran, daß die zwingende Problematik der deutschen Wiedervereinigung noch einmal in aller Breite vor der deutschen und internationalen Öffentlichkeit aufgerollt wird.

Die eigentliche politische Problematik ist nicht Gegenstand dieser Darlegungen. Es darf jedoch darauf hingewiesen werden, daß der Weg zur Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der Sowjetzone nur über freie Wahlen führen könnte. Daraus würden sich unmittelbar auch weitreichende Konsequenzen auf der wirtschaftlichen und sozialen Ebene ergeben. Zwar ist neuerdings in süddeutschen Kreisen der wohl ursprünglich von sowjetzonaler Seite lancierte Gedanke aufgegriffen worden, daß eine gesamtdeutsche Nationalversammlung

lediglich verfassunggebende Aufgaben haben sollte. In den Stellungnahmen der Bundesregierung und des Bundestages hatte sich aber jene andere Auffassung durchgesetzt, daß ein gesamtdeutsches Parlament auch gesetzgebend tätig sein und daß aus ihm eine starke Zentralregierung hervorgehen müßte. Der Oppositionsführer im Deutschen Bundestag, *Dr. Kurt Schumacher*, hat daraus logisch abgeleitet, daß die wirtschaftliche und soziale Einigung „nur nach dem Willen und mit voller Gesetzgebung des Parlaments“ geschaffen und so zur Grundlage der politischen Einigung werden könne.

Es mag, wie gesagt, dahingestellt bleiben, ob sich in der gegenwärtigen Phase des geschichtlichen Prozesses ein Durchbruch in Richtung auf eine gesamtdeutsche Lösung erreichen läßt. Nicht gelten lassen können wir jedenfalls den Einwand derer, die es wegen der Unwahrscheinlichkeit einer aktuellen Chance zur Wiedervereinigung für illusionär und überflüssig halten, daß die am und nach dem Tage X zu lösenden Aufgaben zum Gegenstand eingehender Untersuchungen und konkreter Vorbereitungen gemacht werden. Im Gegenteil, die möglichst eingehende Erörterung dieser Probleme und die vorbereitende Planung der als notwendig erachteten Maßnahmen können zum Prüfstein dafür werden, ob man es wirklich ernst meint mit der Überwindung der widernatürlichen Zerklüftung unseres Landes, ob man zu tun gewillt ist, was heute getan werden kann.

Es gibt Kreise und Organisationen, Behörden und Institute, die sich seit geraumer Zeit mit der materialmäßigen Erfassung und Bearbeitung solcher Probleme beschäftigen, die im Falle der Wiedervereinigung mit der Sowjetzone praktisch zu lösen wären. So anerkennenswert solche Vorarbeiten im einzelnen sein mögen, spricht doch manches dafür, daß es sich im ganzen um völlig unzulängliche Ansätze handelt. Wenn es anders wäre, brauchte der „Königsteiner Kreis“ nicht vorgeschlagen zu haben, daß ein Gremium von Sachverständigen — „unter Verantwortung und führender Hilfe von Parlament und Ministerien“ — zu bilden sei, um „alle Maßnahmen vorzubereiten, die unmittelbar bei einem Zusammenschluß der deutschen Wirtschaftsgebiete notwendig werden“.

Der Königsteiner Kreis besteht bekanntlich aus Juristen und Verwaltungsbeamten, die in den Gebieten der gegenwärtigen Sowjetzone tätig gewesen sind. Es war ihr Vorschlag eines gesamtdeutschen Wahlgesetzes, aus dem die Bundesregierung ihre vierzehn Bedingungen für freie Wahlen in allen vier Besatzungszonen ableitete. Der gleiche Kreis hat sich auch mit den mit der wirtschaftlichen Wiedervereinigung verbundenen Problemen befaßt, über die Ergebnisse informieren die Darlegungen von Prof. *Dr. Bruno Gleitze* an anderer Stelle dieses Heftes. Dem Leser wird nicht entgehen, daß es sich dabei zunächst um verhältnismäßig allgemein gehaltene Feststellungen handelt. Aber die entscheidenden Fragen sind aufgeworfen, und es wird darauf ankommen, sie in der weiteren Arbeit so konkret wie möglich zu beantworten.

Der Wirtschaftsausschuß des Königsteiner Kreises geht von der optimistischen Voraussetzung aus, daß die „Veränderungen ... in den Eigentumsverhältnissen und in den funktionalen Beziehungen zwischen Produktion, Distribution und Konsumtion“ relativ rasch reparierbar sein würden, nämlich „durch Rechtsakt und durch organisatorische Maßnahmen“. Diese generelle Bemerkung darf nicht zu einer Unterschätzung der tatsächlich auftauchenden Schwierigkeiten verleiten. Jedenfalls kann aber unterstrichen werden, daß die größten Gefahren für die Wiedervereinigung der deutschen Wirtschaft aus dem regionalen Gefälle zwischen Ost und West erwachsen.

Wer sich die Größe der mit der Wiedervereinigung gestellten Aufgabe auch nur einigermaßen klarmacht, wird ohne weiteres einsehen, daß sich aus ihr mit Zwangsläufigkeit eine harte Belastung der westdeutschen Wirtschaftskraft

ergeben müßte. Es scheint Kreise zu geben, die sich dem Problem der Wiedervereinigung schon aus diesem Grunde mit einer Summe von Hemmungen und Vorbehalten nähern. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, daß die zur Überwindung des regionalen Gefälles erforderlichen Maßnahmen mit den sozialpolitischen Notwendigkeiten des deutschen Westens in Einklang gebracht werden müssen. Die Voraussetzungen, von denen aus eine Wiedervereinigungsplanung zu betreiben wäre, sind reichlich unklar, zumal heute niemand übersehen kann, ob und in welchem Ausmaß die wohl allgemein als unerläßlich betrachtete internationale Hilfe zur Verfügung stehen würde.

Eine andere Voraussetzung darf als weitgehend geklärt betrachtet werden. Das heute gestellte Problem bezieht sich nicht auf eine einfache Angliederung der Sowjetzone an die Bundesrepublik, sondern auf eine Vereinigung der beiden Gebiete, und es bezieht sich zunächst nicht auf die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße, wobei allerdings wiederum klar sein müßte, daß eine mögliche Wiedervereinigung mit der Sowjetzone auf keinen Fall eine Anerkennung der willkürlichen Oder-Neiße-Linie beinhalten dürfte. Zunächst aber handelt es sich, wenn sich überhaupt Realisierungsmöglichkeiten bieten sollten, um die Wiederausammenfügung mit den mitteldeutschen Gebieten, die in der gegenwärtigen sowjetischen Besatzungszone zusammengefaßt sind. Es ist darum erforderlich, daß die tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten in diesem Teil Deutschlands insbesondere von jenen Menschen im deutschen Westen erkannt werden, die in gesamtdeutschen Fragen meinungsberechtigt sein wollen. Wir müssen die Tatsachen kennen, bevor wir uns darüber schlüssig werden können, wie sie in eine Politik der Wiedervereinigung einzuordnen sind. Prof. Dr. Gleitze hat vor kurzem eine Reihe der wesentlichen Tatsachen in einer vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegebenen Broschüre zusammengestellt.¹⁾

Der Verfasser jener Schrift hält es für unwahrscheinlich, daß die Sowjets etwa eine völlige wirtschaftliche „Verselbständigung“ ihrer Zone anstreben. Er stellt aber auch fest, daß nach dem Anfang 1951 angelaufenen Fünfjahrplan die Bereitschaft, das Sowjetzonengebiet in den Ostblock einzuordnen, zugenommen zu haben scheine. Von anderer Seite ist darauf hingewiesen worden, daß man die Gefahren, die sich aus der wirtschaftlichen Abspaltung Mitteldeutschlands vom Westen ergeben, nicht überschätzen sollte. Selbst wenn der Fünfjahrplan weitgehend verwirklicht würde, bliebe die Grundtatsache bestehen, daß sich die Wirtschaften West- und Mitteldeutschlands weitgehend ergänzen. Sie sind im Laufe einer langen Entwicklung in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit gewachsen, und ein Teil der sowjetzonalen Unterproduktion würde als Folge des Wiederausammenfügens überwunden werden können. Die Strukturwandlungen der sowjetzonalen Wirtschaft greifen tief. Sie haben neue ökonomische Bedingungen geschaffen. Aber daraus kann nicht ohne weiteres gefolgert werden, daß die Haltung der Sowjets zur Deutschlandpolitik entscheidend durch die von ihnen erzwungenen Strukturwandlungen bestimmt bleiben müßte. Bisher haben sie aus ihrer Besatzungszone entscheidende Werte herausgeholt, sie haben sich den wirtschaftlichen Wiederaufbau so gut wie nichts kosten lassen.

Gleitze weist in seiner Schrift auf die wichtigen soziologischen Strukturwandlungen hin, die sich im Laufe der letzten Jahre vollzogen haben: Abbau der selbständigen Existenzen, hoher Verproletarisierungsgrad, Masseneinsatz von weiblichen Arbeitskräften. Er legt weiter dar, daß der überwiegend *bäuer-*

1) „Die Wirtschaftsstruktur der Sowjetzone und ihre gegenwärtigen sozial- und wirtschaftsrechtlichen Tendenzen“, Bonn 1951.

liche Charakter und die Grundstruktur der mitteldeutschen Landwirtschaft trotz der Sowjetisierungsmaßnahmen im wesentlichen noch unangetastet geblieben sind — die Aushöhlung des bäuerlichen Besitzes steht auf einem anderen Blatt. In der Industrie ist der privatwirtschaftliche Sektor immer mehr geschrumpft. Ende dieses Jahres soll er nur noch 23 vH der Industrieproduktion betragen. Auf die sowjetischen Aktiengesellschaften entfällt etwa ein Viertel, auf die sogenannten „volkseigenen“, d. h. staatsautoritär geführten Betriebe, die gute Hälfte der Produktion.

Während die sowjetzonalen Stellen behaupteten, daß sie bereits 1950 das industrielle Produktionsniveau der Vorkriegszeit im Durchschnitt wieder erreicht hätten, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin berechnet, daß nach der Bereinigung der nominellen Planergebnisse bei voller Planerfüllung für 1950 bestenfalls ein Produktionsniveau von 84 vH erzielt worden sei. Bei der Berliner Zentralbank hat man das sowjetzonale Produktionsvolumen im Frühjahr 1951, unter Berücksichtigung der Qualitätsverschlechterungen und der Steigerung des Ausschusses in der Produktion, auf etwa 75 vH desjenigen von 1936 geschätzt. Gleitze legt im einzelnen dar, daß auch im Jahre 1950 mindestens ein Drittel der industriellen Erzeugung in irgendeiner Form durch die sowjetische Besatzungsmacht abgezogen worden sei. Der Versorgungsverlust durch schlechte Qualitäten sei auf 12 bis 13 vH der Gesamtproduktion zu schätzen. Er kommt zu folgendem Ergebnis: „Die inländische Versorgung der sowjetzonalen Bevölkerung mit Industriegütern aller Art, die Investitionsgüter eingerechnet, war noch nicht halb so groß wie in Westdeutschland. Läßt man die Investitionsgüter außer Betracht, so ist der Vergleich für die Sowjetzone noch sehr viel ungünstiger.“ Hier sei gleich eine zweite Folgerung angefügt, die sich auf einen Vergleich zwischen der Kaufkraft in Westdeutschland und der in der Sowjetzone bezieht. Das Institut für Wirtschaftsforschung errechnete im Herbst vergangenen Jahres — und seitdem haben sich keine fundamentalen Veränderungen ergeben —, daß die tatsächliche Kaufkraft in der Sowjetzone bei einem Einkommen von 200 Ostmark nur 66 vH der Kaufkraft der Westmark betrug. Sie sank bei einem Einkommen von etwa 350 Ostmark bereits auf nur noch 50 vH und betrug bei einem 600-Ostmark-Einkommen ungefähr 40 vH. „Mit dieser praktisch halbierten Lebenshaltung der breiten Masse bezahlt die Sowjetzonenbevölkerung sowohl die schweren Tribute an die Besatzungsmacht als auch die schlechte Produktivität der Betriebe, und sie finanziert mit ihren Entbehrungen den Wiederaufbau der weitgehend demontierten Wirtschaft der Sowjetzone.“

Erst wenn man sich diese Ziffern vor Augen hält, wird die Größe der Aufgabe erkennbar, die für den Fall der Wiedervereinigung schon in der entscheidenden Übergangsperiode auf dem Gebiet der Versorgung gestellt sein würde. Es wird aber auch Auseinandersetzungen darüber geben, ob die strukturellen Wandlungen in der sowjetzonalen Industrie und Landwirtschaft rückgängig gemacht oder wie sie modifiziert werden sollen, über das einfachste Rezept verfügen jene Kreise, die einer allgemeinen Restauration, einer grundsätzlichen Wiederherstellung der früheren Besitzverhältnisse das Wort reden. Von einer solchen Auffassung hat sich schon vor einiger Zeit der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, *Jakob Kaiser*, abgegrenzt. Er hat insbesondere darauf hingewiesen, daß es kaum eine sinnvolle Politik sein würde, die Bodenreform wieder rückgängig zu machen. Eine solche Lösung dürfte sich auch schon aus Gründen der Versorgung verbieten. Damit ist nicht gesagt, daß nicht eine Reihe von Ungerechtigkeiten bereinigt werden könnte und sollte. Aber das kann nicht gleichbedeutend sein mit einer Wiederherstellung des Großgrundbesitzes.

Dr. Schumacher hat in seiner oben zitierten Rede der Meinung Ausdruck gegeben, daß die deutsche Arbeiterklasse es ablehne, die Wirtschaftsgestaltung in der Sowjetzone als Sozialisierung zu betrachten. „Sie lehnt aber mit der gleichen Entschiedenheit eine Politik der Reprivatisierung und der Restauration früherer Verhältnisse ab.“ Jede Einigung sei in ihren politischen Folgen zum Scheitern verurteilt, „wenn sie als große Konjunktur der Bereicherung behandelt wird“. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die arbeitenden Menschen in der Sowjetzone ebenso entschieden gegen eine Reprivatisierung der großen Industrieunternehmen Stellung nehmen wie sie andererseits für eine völlige inhaltliche Neugestaltung der entprivatisierten Betriebe eintreten werden. Daß der privatwirtschaftliche Sektor wieder anwachsen würde, darf jedoch als sicher angesehen werden. Es wird auch kaum einen vernünftigen Menschen geben, der sich gegen eine rasche Abwicklung der Sowjetisierungsmaßnahmen wenden würde, denen das Handwerk und der Einzelhandel — und übrigens auch die Genossenschaften — unterworfen worden sind.

Am Rande sei auf die schwierigen Probleme hingewiesen, die sich auf sozialpolitischem Gebiet ergeben würden. Trotz aller großen Worte der sowjetzonalen Machthaber liegt das von ihnen zu verantwortende sozialpolitische Niveau im ganzen wesentlich unter dem gewiß nicht idealen Standard des westlichen Bundesgebiets. Das gesamte Arbeits- und Tarifrecht befindet sich im Prozeß der Angleichung an sowjetrussische Verhältnisse, was bei den heftigen Auseinandersetzungen der letzten Monate zum Thema der sogenannten „Betriebskollektivverträge“ besonders deutlich geworden ist. Eine Gewerkschaftsbewegung, die diesen Namen verdient, gibt es heute und am Tage X in der Sowjetzone nicht. Sie müßte neu aufgebaut werden.

Diese Betrachtung könnte zu einer Serie von Fragen innenpolitischer Art überleiten, die jedoch über den Rahmen dieser Darlegungen hinausreichen. Lediglich die Fülle der zulösenden Probleme sei angedeutet: Der Neuaufbau demokratischer Parteien und einer freien Presse hätte, wie es sich auch aus den offiziellen Bonner Erklärungen ergibt, den zur Wiedervereinigung führenden Wahlen voraufzugehen. Ein völliger Umbau der Verwaltung, der Polizei und der Justiz hätte zu folgen und würde vermutlich nur folgen können, wenn aus dem gesamtdeutschen Parlament eine starke Zentralregierung hervorgeht, die den Willen der mitteldeutschen Bevölkerung in staatspolitische Realitäten umzusetzen vermag. Die Umgestaltung des Schulwesens im weitesten Sinne des Wortes wird auch nicht auf die lange Bank geschoben werden können. Und überall wird sich die Schwierigkeit geltend machen, genügend rasch über genügend qualifizierte Kräfte zu verfügen. Die rechtliche Klärung dessen, was sich seit 1945 ereignet hat, wird wesentliche Energien in Anspruch nehmen. Dabei ist nur zu hoffen, daß man die Lehren der jüngsten Vergangenheit beherzigt, d. h. die Verbrecher ihrem Richter zuführt, aber keine Neuauflage der schematischen Entnazifizierung zuläßt.

An großen und kleineren Problemen mangelt es gewiß nicht, wenn man sich konkret mit den Erfordernissen des Tages X auseinandersetzt. Es kommt darauf an, daß diese Probleme heute und hier angepackt werden, und zwar unabhängig davon, ob Lösungsmöglichkeiten schon in nächster Zukunft für wahrscheinlich gehalten werden. Die konkrete Auseinandersetzung ist selbst ein Stück gesamtdeutscher Aktivität.